



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 · 30159 Hannover

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Ansprechpartner: Birgit Heine, Lars
Drebold, Kathrin Kortmann
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis
Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu,
Ermana Nurkovic, Henrik v. Meyenn
Tel: (05 11) 16 74 302 (9 - 14 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch.wk@bundestag.de
www.matthias-miersch.de

Berlin, den 8. Juli 2016

Persönliche Erklärung **zu Endlager, CETA, Sexualstrafrecht, EEG**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

der letzte Sitzungstag vor der Sommerpause des Bundestages endet. Ich starte ab Montag meine Sommerreise durch den Wahlkreis. Auf der Homepage werden die Termine angekündigt. Bereits am kommenden Dienstag werde ich ab 18.00 Uhr im Apart-Hotel, Peiner Str. 7 über das Thema „Wie bekommen wir ein gutes Miteinander vor Ort hin?“ u.a. mit Erich Marks, dem Geschäftsführer des Landespräventionsrates Niedersachsen, diskutieren.

Im Rahmen der Kommunalwahl werde ich nach allen Kräften unsere Kandidatinnen und Kandidaten unterstützen und drücke bereits jetzt allen die Daumen. In der letzten Woche standen wieder einige wichtige Themen auf der Tagesordnung des Bundestages, so dass ich hierauf im Rahmen dieser Persönlichen Erklärung eingehen möchte:

1. Endlagerkommission

Nach über zwei Jahren intensiver Arbeit hat die „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfälle“ ihren Bericht dem Bundestagspräsidenten überreicht. Mit Rebecca Harms hatte ich diese Kommission vor einigen Jahren vorgeschlagen, um mit Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft das Riesenthema „Endlager“ zu bearbeiten. Der über 600 Seiten umfassende Bericht ist nun die Grundlage für die im Herbst beginnende



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

Gesetzgebungstätigkeit von Bundestag und Bundesrat. Wer Interesse hat, den Bericht zu lesen, kann ihn unter folgendem Link abrufen:

http://www.bundestag.de/blob/434430/35fc29d72bc9a98ee71162337b94c909/drs_268-data.pdf

Die Kommission hat aus meiner Sicht wichtige Impulse für eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung und für einen gestärkten Rechtsschutz aufgezeigt. Auch wurde gegen den Widerstand von Bayern und Sachsen klargestellt, dass alle Gesteinsformationen weiter im Auswahlverfahren eine Rolle spielen. Leider hat sich die Kommission nicht zu einer einheitlichen Meinungsbildung zum bisherigen Standort Gorleben durchringen können, weshalb der Vertreter des BUND am Ende gegen den Bericht gestimmt hat. Aufgrund der vorgeschlagenen neuen Suchkriterien gehe ich mit dem Niedersächsischen Umweltminister, Stefan Wenzel, jedoch davon aus, dass der Standort Gorleben im Laufe des Verfahrens ausscheiden wird. Aufgrund der institutionellen Absicherung (über die bereits beschlossene Gründung des Nationalen Begleitgremiums hatte ich in der letzten Persönlichen Erklärung berichtet) sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, wenngleich der Suchprozess noch Jahrzehnte dauern wird und sicher viele Klippen zu überwinden sein werden.

2. CETA

Es war einige heftige Auseinandersetzung, ob die Europäische Kommission das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) als gemischtes Abkommen einstufen würde, so dass die nationalen Parlamente auch über das Abkommen abstimmen dürfen. Ich habe mich in den letzten Wochen massiv für diese Einstufung eingesetzt, so dass ich froh bin, dass Kommissionspräsident Juncker seine Auffassung revidiert hat und CETA nun tatsächlich als gemischtes Abkommen eingestuft hat. Im Umweltausschuss haben wir am vergangenen Mittwoch eine erste Anhörung gehabt. Ich werde nun in Vorbereitung auf den SPD-Parteikonvent am 19. September den Text weiter analysieren. Mit Bernd Lange werde ich am 15. August eine parteioffene Veranstaltung in Hannover durchführen. Auch diese wird auf der Homepage angekündigt werden.

Ich habe in den letzten Wochen mehrfach deutlich gemacht, dass ich erhebliche Bedenken habe, ob die roten Linien, die die SPD gezogen hat, eingehalten worden sind. Nachdem nun die deutsche amtliche Übersetzung vorliegt, werde ich weiter am Text arbeiten und dann über mein Urteil berichten. Fest steht jedoch, dass der Bundestag - und nach meiner Überzeugung auch der Bundesrat - wahrscheinlich 2017 über das Abkommen abstimmen können - ein erster wichtiger Schritt.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 3 -

3. Verschärfung des Sexualstrafrechts

Mit der Reform des Sexualstrafrechts soll der Grundsatz „Nein heißt Nein“ umgesetzt werden. Seit langer Zeit wurde über die Frage diskutiert, wie dieser Grundsatz auch angesichts der Istanbul Konvention des Europarats aus dem Jahr 2011 umgesetzt werden kann. Nun findet ein Paradigmenwechsel statt, so dass auch ohne körperlichen Widerstand sexuelle Handlungen gegen den erkennbaren Willen des Opfers unter Strafe gestellt werden. Als Fachanwalt für Strafrecht teile ich die Euphorie einiger Kommentatoren nicht, da im Prozess die Beweissituation teilweise weiterhin schwierig sein wird. Allerdings sind nun Schutzlücken geschlossen worden, so dass die Reform sicher einen Fortschritt bedeutet.

4. Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG)

Lange wurde über die Reform des EEG gestritten. Wie so häufig, war es mit CDU/CSU gerade in diesen Themenfeldern äußerst kompliziert, eine Einigung zu erreichen. Aus umweltpolitischer Sicht bedauere ich auch weiterhin, dass nach der Bundestagswahl das Thema der Erneuerbaren Energien beim Wirtschaftsressort angesiedelt worden ist, so dass die Umweltpolitiker nur mitberatend waren. In den Verhandlungen konnte die SPD-Fraktion jedoch noch wichtige Änderungen durchsetzen: Bürgergesellschaften haben nun eine faire Chance, sich an den neu eingeführten Ausschreibungen zu beteiligen. Auch erhalten die Bundesländer Möglichkeiten, den Bereich Bürgerenergie zu stärken. Zudem werden nun im Bereich der Erneuerbaren-Energien „Mieterstrom-Modelle“ ermöglicht. Die massiven Forderungen von CDU/CSU nach Reduzierung der Ausbaumengen der Windkraft an Land konnten abgewehrt werden. Nicht verschweigen möchte ich aber, dass ich die Ausschreibungsmodelle und auch die Verhandlungsergebnisse über die Ausbaupfade der Windkraft auf See sehr kritisch sehe. Das ist eine Folge der schwierigen Konstellation vor allem mit den CDU/CSU Wirtschaftspolitikern, die nach meiner Einschätzung die Energiewende generell in Frage stellen. Ich bin sicher, dass der Grundsatz „Nach der Reform ist vor der Reform“ auch hier wieder gilt. Wir werden mit Blick auf unsere Energiewende- und Klimaschutzziele eine Anpassung und Aufstockung der Ausbaukorridore sowie weiterführender Instrumente - wie z.B. das der Sektorenkopplung mit den Bereichen Verkehr und Wärme sowie der Umstellung der Landwirtschaft - benötigen. Da das bisherige EEG nur bis Ende dieses Jahres von der EU genehmigt galt, war jedoch nun eine Einigung mit CDU/CSU erforderlich, so dass ich im Rahmen der Gesamtwürdigung und angesichts der Regierungskonstellation dazu komme, dass gerade aufgrund der noch im parlamentarischen Verfahren von der SPD-Fraktion erreichten Änderungen eine zustimmungsfähige Reform vorgelegt worden ist.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 4 -

So, jetzt wünsche ich Euch und Ihnen erholsame Sommertage und hoffe, dass wir uns dann an dem einen oder anderen Infostand oder bei der einen oder anderen Veranstaltung gesund und munter wiedersehen.

Herzliche Grüße!

Matthias Miersch MdB